SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung – IV ist ohne höhere Lohnabgaben zu sanieren.
Von Nationalrat Jürg Stahl

Seite 7

Das Bankkundengeheimnis schützt den Bürger – nicht die Bank.
Von Nationalrat Hans Kaufmann

Seite 13

Härtere Strafen für mehr Sicherheit.
Von Nationalrätin Andrea Geissbühler

Seite 15

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 4/2009

Die Schweiz braucht mehr SVP
Nationalrat Toni Brunner **S. 3**

Wirtschaftskrise: Der Weg der SVP
Delegiertenversammlung **S. 4**

Nein zum biometrischen Zwang!
Nationalrätin Jasmin Hutter **S. 6**

Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft
Nationalrat Guy Parmelin **S. 8**

«Die Mängel sind gravierend»
Bundesrat Ueli Maurer **S. 10**

Der Kampf gegen die Schweiz – ein Hexenprozess
Nationalrat Thomas Hurter **S. 12**

Reklame

Wir machen aus Kunden Winner.

Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Die Schweiz im Wirtschaftskrieg

Die Wirtschaftskrise, die Bankenkrise und die Bankkundengeheimniskrise beherrschen derzeit die politische Diskussion. Gerade in dieser Situation erkennt man deutlich die Führungslosigkeit des Bundesrates. Statt endlich ein Gesamtkonzept zur Wahrung der Interessen der Schweiz zu erarbeiten, will die Regierung – aus falscher Angst vor einer «schwarzen Liste» – sofort in Verhandlungen steigen. Der Bundesrat erhebt sogar Strafanzeige wegen einer Indiskretion, statt diejenigen Mitglieder des eigenen Gremiums zur Verantwortung zu ziehen, welche der OECD für die Erpressung des eigenen Landes gratulieren wollen.

Dieses Verhalten zeigt deutlich, dass der Bundesrat die aktuelle Lage noch immer nicht richtig einzuschätzen vermag. Die Schweiz befindet sich mitten in einem Wirtschaftskrieg und das Ausland versucht unseren Wirtschaftsstandort zu schwächen. Die SVP zeigt als einzige Partei auf, mit welchen konkreten Massnahmen die Interessen unseres Landes geschützt werden können.

In der Wirtschaftskrise stellt sich auch immer die Frage, wie man dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenwirken soll. Es gilt, konsequent auf weitere Zwangsabgaben (wie etwa die geplante Mehrwertsteuererhöhung) zu verzichten. Vielmehr müssen die Bürger durch spürbare Steuersenkungen entlastet werden.

Werbung

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey trifft den französischen Aussenminister, um ihm die Aufweichung des Schweizer Bankkundengeheimnisses mitzuteilen. Foto: AP Foto

So wird die Schweiz verraten

Ausländische Politiker wollen ihre leeren Staatskassen auf Kosten der Schweiz füllen. Darum machen sie mächtig Druck, um die Schweiz und unseren Finanzplatz zu schwächen.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Shop

..... Expl.	SVP-Fussball	Fr.	25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look»	Fr.	10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr.	49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr.	50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr.	50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr.	50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr.	5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr.	5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr.	7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr.	7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr.	5.–
..... Expl.	Jass ❑ französisch ❑ Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum SVP-Klartext
Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 × / Jahr

Chefredaktor: Alain Hauert

Inserate: Alain Hauert

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Schweiz. Volkspartei, 3000 Bern, PC 30-8828-5
Vermerk: Klartext

Druck:
Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

STIFTUNG FÜR BÜRGERLICHE POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.
Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Silvia Bär, Generalsekretärin SVP Schweiz ad interim, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60 000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnat-Kappel SG

Die Schweiz braucht mehr SVP

Die Führungskrise, in welcher die Schweiz derzeit steckt, vermag nicht zu überraschen. Der Bundesrat hat sich bereits im letzten Jahr lieber mit Interna, mit Stilfragen, befasst und den angeblich zurückgekehrten, netten Umgangston zelebriert, anstatt sich hart mit der Realität zu befassen. Unsere Regierung hat es verpasst zu planen, Entwicklungen zu beobachten und sich Strategien bereitzulegen, wie sie in diesem oder jenem Fall zu reagieren hätte. «Regieren heisst vorausschauen», diese Maxime hat der Bundesrat je länger, je mehr aus den Augen verloren.

Jetzt zeigt sich, was die Folgen dieses Verhaltens sind. Die Regierung ist überfordert, verfällt aufgrund der Wirtschaftskrise in ungesunden Aktivismus und kuscht vor internationalen Forderungen, kaum werden diese ausgesprochen. Die Verteidigung der Landesinteressen steht beim Bundesrat nicht mehr auf der Traktandenliste. Noch gravierender ist die Tatsache, dass unsere Regierung die aktuelle Lage noch immer nicht richtig einzuschätzen vermag. Die Schweiz befindet sich inmitten eines Wirtschaftskrieges. Das Ausland setzt alles daran, seine Position zu verbessern, und versucht den gegnerischen Standort – also die Schweiz – weiter zu schwächen.

Vor dieser Ausgangslage zeigt sich einmal mehr, dass die SVP konsequent zu ihren Wahlversprechen steht und eine lösungsorientierte, glaubwürdige Politik betreibt. Als einzige Partei legte man Konzepte vor, welche auf den grundlegenden Werten unseres Landes basieren. Die SVP wehrt sich gegen die Aushöhlung des schweizerischen Rechtsstaates, gegen die ausländischen Erpressungen und fordert, dass sich der Bundesrat und der Staat wieder auf ihre Aufgaben besinnen: die Vertretung und Durchsetzung der schweizerischen Interessen sowie die Sicherung von Wohlstand und Freiheit für unsere Bürger. Dazu gehört unter anderem, dass der Staat die Zwangsabgaben senkt und die finanzielle Belastung für alle reduziert. Der Bundesrat macht auch hier das Gegenteil, er will die Mehrwertsteuer im September sogar erhöhen. Dagegen wird die SVP mit allen Mitteln antreten.

Der Bundesrat agiert kopf- und konzeptlos. Der Weg der SVP hingegen ist klar. Genau deshalb braucht es in unserer Politik Leute, die ohne Wenn und Aber für diesen Weg einstehen. Leute, die bereit sind unsere Unabhängigkeit, unsere Eigenständigkeit und die Interessen unseres Landes wahrzunehmen. Die Schweiz braucht mehr SVP!

Werbung

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

jaeggiMEDIA
Wahlkämpfe und Internet-Auftritte für Kandidaten, Orts- & Kantonalparteien der SVP.
Roman S. Jäggi, ehem. Pressesprecher
www.jaeggimedia.ch

www.
wahl-plakate
.ch

Wir wollen Ihren Erfolg.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir erfolgreich für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP Schweiz, verschiedene SVP-Kantonal- und Stadtparteien, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen
- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung • Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Mit einer klaren Zielsetzung, einer gutdurchdachten Strategie und einer emotionalen und verblüffenden Umsetzung die Botschaft zielgerecht zu verbreiten und – wo nötig – Medienaufmerksamkeit zu schaffen.

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

GOAL AG für Werbung, PR und Events
Alexander Segert
Geschäftsführer
Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Delegiertenversammlung in La Brévine NE

Wirtschaftskrise: Der Weg der SVP

Die Delegierten der SVP Schweiz trafen sich am Samstag, 28. März 2009 in La Brévine NE. Das kleine Dorf im Neuenburger Jura spielt normalerweise höchstens im Wetterbericht eine Hauptrolle, schliesslich ist es auch bekannt als das «Sibirien der Schweiz». An der Delegiertenversammlung standen nun aber – trotz Kälte und Schneefall vor der Mehrzweckhalle – politische Themen im Vordergrund. So wurde der Weg der SVP zur Bewältigung der Banken-, Bankkundengeheimnis- und Wirtschaftskrise diskutiert sowie die Parole zur Mehrwertsteuererhöhungs-Vorlage vom 27. September gefasst.

Um 10.30 Uhr wurde die Delegiertenversammlung in La Brévine mit einem Knalleffekt eröffnet. Die Salutschüsse aus den Kanonen aus dem 18. Jahrhundert – abgefeuert unter anderem durch Verteidigungsminister Ueli Maurer – markierten den Start in diesen Tag. Nach der Begrüssung durch Parteipräsident Toni Brunner und einigen markigen Worten zur unglaublichen Führungskrise unserer Landesregierung gehörte dann auch das Rednerpult dem neuen SVP-Bundesrat. Ueli Maurer erklärte vor den Delegierten seine Vision der Armee und forderte die Formulierung einer umfassenden, bedrohungsgerechten Sicherheitspolitik.

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung

Nach dieser Standortbestimmung über die Schweizer Armee wurde der Fokus rasch auf die aktuelle Wirtschaftssituation und die Krisen in der Schweiz gerichtet. Die Aufgabe des Staates ist es, die Bürger und die Unternehmungen zu schützen und zu entlasten. Gerade deshalb gilt es auch in der Krise nicht die Staatsausgaben auszubauen, sondern vielmehr die Steuern zu senken. Unsere Regierung und alle anderen Regierungsparteien hingegen wollen am 27. September 2009 die Mehrwertsteuer erhöhen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft alle Bürger und Unternehmungen in der Schweiz und ist vor allem für Familien eine grosse finanzielle Zusatzbelastung. Weitere Abgabenerhöhungen – etwa bei den Lohnprozenten für die ebenfalls sanierungsbedürftige

Werbung

LA ROTONDA
RISTORANTE & PIZZERIA
Die Stammbeiz der SVP in Bern!
A. & B. D'Alfonso
Neubrückstrasse 70
CH-3012 Bern
++41 31 301 30 15

TROUVAILLES
Kunstgalerie
Permanente Gemälde-Ausstellung
des 19.–20. Jahrhunderts
Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 10.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal
Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Arbeitslosenversicherung ALV oder die EO sowie die angekündigten Krankenkassenprämienerhöhungen von bis zu 15 % etc. – werden schon ab diesem Herbst folgen.

Zudem würden bei der Annahme der Abstimmungsvorlage «über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze» einmal mehr zusätzliche finanzielle Mittel in ein marodes System gepumpt, anstatt die dringend notwendigen, strukturellen Sanierungsschritte anzugehen. Die Delegierten beschlossen deshalb mit 382 gegen 1 Stimme die Nein-Parole zu dieser Steuererhöhung.

Banken müssen volkswirtschaftlich tragbar sein

In einer Volkswirtschaft dürfen keine Unternehmungen bestehen, die «too big to fail» sind, also zu gross, um Konkurs zu gehen. Nachdem der Fall UBS gezeigt hat, dass es sich die Schweiz nicht erlauben kann, die schweizerischen Grossbanken untergehen zu lassen, drängen sich gewisse Massnahmen auf, welche die SVP in einem Positionspapier präsentierte.

Wenn Unternehmungen auf eine Defacto-Staatsgarantie zählen, so soll der Staat auch über besondere Aufsichts- und Kontrollrechte verfügen. Zudem hafteten bei der UBS die Schweizer Steuerzahler für Bankverluste, welche im Ausland entstanden sind. Diese Situation muss künftig verhindert werden. Daher sollen die Grossbanken verpflichtet werden, ihre Unternehmensstrukturen anzupassen und unabhängige Ländertöchter zu gründen. Die Delegierten stimmten diesen Forderungen mit überwältigender Mehrheit zu (360 zu 21 Stimmen).

Bankkundengeheimnis in die Verfassung

Im zweiten Teil des Positionspapiers stellt die SVP zudem Forderungen zur Zukunft des Bankkundengeheimnisses. Das Bankkundengeheimnis schützt die Privatsphäre der Bürger und ist Ausdruck der Eigentumsgarantie. Nachdem der Bundesrat vor dem unhaltbaren, internationalen Druck kuschte und mit der Aufgabe des Prinzips der doppelten Strafbarkeit das Bankkundengeheimnis untergraben hat, muss die SVP Gegensteuer geben.

Die Partei steht ohne Wenn und Aber zum Schutz der Privatsphäre und des Privateigentums. Entsprechend muss das Bankkundengeheimnis wieder gestärkt und als Grundpfeiler des demokratischen Rechtsstaates in der Verfassung verankert werden. Zudem sind die Strafbestimmungen bei der Verletzung des Bankkundengeheimnisses massiv zu verschärfen. Diese Forderungen wurden von der Delegiertenversammlung einstimmig verabschiedet.

Die deutschsprachige kantonale SVP Tessin ist ein aktiver bürgerlicher Politclub

Sie ist ideal für Deutschschweizer, die im Tessin Wohnsitz nehmen, die italienische Sprache noch wenig beherrschen und gesellschaftlich besser integriert sein möchten.
Die ds-SVP Tessin macht bürgerliche Politik, rechts der Mitte. Sie kämpft für eine erhaltenswerte Schweiz und lehnt eine Überschwemmung mit Asylanten und Migranten ab. Sie setzt sich für die Erhaltung des schönen Kantons Tessin mit seiner Kultur und seinen Gebräuchen ein.
Die ds-SVP Tessin macht Wanderungen, Museumsbesuche und nimmt an kulturellen Veranstaltungen teil. Bei allen Anlässen wird die Freundschaft und Geselligkeit gepflegt. Mitglieder aus anderen Kantonen werden ebenfalls aufgenommen, insbesondere auch Zweitwohnungsbesitzer im Tessin.

Unser Clublokal ist das schöne und feine Terrassen-Restaurant Cà Nostra in Brione s. Minusio, Tel. 091 743 58 52 Hier findet jeden 1. Mittwoch eines Monats um 12.00 Uhr ein Lunch der ds-SVP Tessin statt.

Interessenten wenden sich an Manfred Oswald, ds-SVP Tessin, Postfach 5470, 6901 Lugano, Telefon 091 940 13 57, manfred.oswald@bluewin.ch

SVP UDC

IHRE TEXTE AUF ITALIENISCH

Übersetzung Ihrer deutschen, französischen, englischen und spanischen Texte in die italienische Sprache

Auf Wunsch gemäss Kostenvoranschlag

Sonderrabatt für die Leser von Klartext!

Die Politik ist mein Hobby, Übersetzungen sind meine Arbeit.

Eros N. Mellini ist Sekretär der SVP-Kantonalpartei im Tessin – ein überzeugter und treuer SVPler.

Eros N. Mellini – Übersetzungen
Postfach 6193, 6901 Lugano
Telefon 079 620 38 84
E-Mail: emellini@bluemail.ch

Nationalrätin Jasmin Hutter, Eichberg SG

Nein zum biometrischen Zwang!

Am 17. Mai stimmen wir über die obligatorische Einführung des biometrischen Passes ab. Jeder Schweizer Bürger wird verpflichtet, einen solchen zu kaufen. Nicht nur das: Das neue Gesetz gibt dem Bundesrat die Kompetenz, auch die Identitätskarte zwangsweise biometrisch zu verordnen. Es gibt jedoch viele Bürgerinnen und Bürger, die keine solche teure biometrische Identitätskarte benötigen. Denken sie an ihre Grossmutter, die vielleicht nie mehr einen Schritt ins Ausland macht: Auch diese wird gezwungen, nach St. Gallen in eine Zentrale zu fahren, ihre Augen und Fingerabdrücke zu vermessen und eine teure Identitätskarte zu kaufen. Oder die massiven Kosten, die für eine Familie anfallen.

Die aufgenommenen Daten werden in einem zentralen Datensicherungssystem gespeichert. Das ist wohl einmalig in Europa. Warum, ist klar: Wo zentral gelagert wird, ist es einfach die Daten zu knacken. **Nicht umsonst sind insbesondere die Jungparteien gegen dieses neue Gesetz: Denn die Jungen sind im Zeitalter des Internets aufgewachsen und wissen um die einfache Erschleichung von fremden Daten, das sogenannte «Hacken».** Einige EU Länder haben keinen obligatorischen biometrischen Pass, wie Grossbritannien, Dänemark oder Irland. Wir Schweizer – als Nicht-EU-Mitglied – sollen uns aber einmal mehr von der EU erpressen lassen? Ich sage ganz klar Nein zum biometrischen Zwang und zu einer zentralen Aufbewahrung unserer persönlichen Daten.

Mit einem Nein geben wir den Weg frei für die Wahlfreiheit: Wer einen biometrischen Pass oder eine ID braucht, bekommt diese.

Wer nicht, soll weiterhin die Möglichkeit eines chipfreien Ausweises haben.

PAROLEN DER SVP SCHWEIZ ZU DEN EIDGENÖSSISCHEN VORLAGEN VOM 17. MAI 2009

NEIN zur Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente

Die SVP will:

- Keine Generalkompetenz für den Bundesrat
- Keine zentrale Datenbank
- Keinen automatischer Nachvollzug von EU-Recht
- Den Bürgern die Wahlfreiheit offen halten

NEIN zur Vorlage „Zukunft mit Komplementärmedizin"

Die SVP steht zur Komplementärmedizin, fordert aber das Zusatzleistungen über die Zusatzversicherungen zu finanzieren sind.

Die Partei will:

- Keinen Ausbau des Grundleistungskatalogs
- Keine höheren Krankenkassenprämien

Nationalrat Jürg Stahl, Präsident Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten ZH

Druck für eine tatsächliche Sanierung hochhalten!

Nur mit einem NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung am 27. September kann der Weg zu einer nachhaltigen und bürgernahen Sanierung der Invalidenversicherung (IV) geöffnet werden. Denn die Konzeptlosigkeit des Bundesrates bei der ganzheitlichen Sicherung unserer Sozialwerke ist offensichtlich, nachkommende Generationen dürfen nicht unter dieser leiden! Die SVP hat ein Konzept, um die IV ohne höhere Steuern und Lohnabgaben zu sanieren. Die vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) präsentierten ersten Ergebnisse durch IV-Detektive liefern noch mehr Argumente für ein NEIN am 27. September!

Die Ausgangslage

Bevor ich auf die Lösung des IV-Schuldenproblems komme, ist es wichtig zu wissen, über was eigentlich abgestimmt wird; die geplante Zusatzfinanzierung der IV besteht einerseits aus einer proportionalen MwSt.-Erhöhung von 0,4 Prozentpunkten vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2016 (7,6 auf 8 %; 2,4 auf 2,5 % und 3,6 auf 3,8 %). Damit werden jährliche Einnahmen von 1,2 Milliarden Franken pro Jahr generiert, um das jährliche Defizit der IV zu decken. Da dies eine Änderung der Bundesverfassung mit sich bringt, müssen Volk und Stände über diese Änderung an der Urne entscheiden. Andererseits wird für die IV per 1. Januar 2010 ein eigenständiger Ausgleichsfonds geschaffen, damit eine Querfinanzierung durch die AHV nicht mehr erforderlich ist. Um die für die Nutzung nötige Liquidität zu gewährleisten, überweist die AHV dem neu geschaffenen Fonds 5 Milliarden Franken. Liegen die Mittel des Fonds am Ende des Geschäftsjahrs über den anfänglichen 5 Milliarden, wird die überschüssige Summe zwecks Schuldentilgung der IV an den AHV-Fonds rücküberwiesen. Die Schuldzinsen der IV (ca. 360 Millionen Franken pro Jahr) werden während der Zeit der MwSt.-Erhöhung vollumfänglich vom Bund übernommen. Damit eine langfristige Lösung gefunden werden kann, muss der Bundesrat bis 31. Dezember 2010 eine Botschaft zur 6. IV-Revision vorlegen. Diese soll vor allem auf eine

Sanierung durch Ausgabensenkung ausgerichtet sein.

Das ist die Ausgangslage; auch wenn die Trennung des AHV-Fonds in der Sache richtig ist, darf dies nicht für eine Zustimmung ausschlaggebend sein! Mit einem NEIN wird der Druck weiterhin aufrechterhalten, endlich die richtigen Massnahmen zur Sanierung der IV einzuleiten.

Es ist eine Frage des Willens

Kürzlich präsentierte das BSV die Resultate des Einsatzes von IV-Detektiven. Seit Anfang 2008 ist die 5. IV-Revision in Kraft und der Einsatz von Detektiven bei Verdacht auf IV-Missbrauch gesetzlich möglich. Die Resultate zeigen deutlich, dass mit dem Einsatz von IV-Detektiven erschütternd viele Fälle von Sozialmissbrauch aufgedeckt werden konnten. Aber es ist nur die Spitze des Eisbergs, denn nur ein konsequentes Durchgreifen führt zur Sanierung des wichtigen Sozialwerks, um dadurch die nötigen Mittel für die tatsächlich behinderten Menschen zur Verfügung zu haben. Wenn der Wille vorhanden ist, mit griffigen Massnahmen dem Missbrauch entgegenzutreten, ist es möglich ohne Steuererhöhungen aus dem IV-Debakel herauszukommen. Eine 6. IV-Revision mit strukturellen und ausgabenseitigen Massnahmen wird die richtige Wirkung zeigen! Die bereits erfolgreich eingeleiteten Massnahmen sind weiterzuführen und zu verstärken. «Sozialgetuschel und falschgeglaubte Solidarität» haben jetzt keinen Platz mehr.

Die SVP hat die Lösung

Wer glaubt, dass die sogenannt «befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze» tatsächlich befristet sein wird, ist naiv. Der Phantasie der linken Parteien sind keine Grenzen gesetzt und wie so oft in der Vergangenheit ist das Risiko gross, dass sich Mitteparteien und Bundesrat den Ideen der SP anschliessen! Die SVP hat sich im Vertrag mit dem Volk verpflichtet, die Steuern für alle zu senken, und lehnt jede Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben ab. Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise ist es die Aufgabe des Staates, die Bürger und die Unternehmungen zu entlasten, um damit den Konsum und die Investitionen zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft alle Bürger und Unternehmungen in der Schweiz und ist vor allem für Familien eine grosse finanzielle Zusatzbelastung. Es darf nicht sein, dass in ein marodes System Geld fliesst, um die Löcher zu stopfen. Zuerst gilt es die Invalidenversicherung ausgabenseitig zu sanieren. **Dazu müssen – im Rahmen der 6. IV-Revision – die noch immer vorherrschenden Fehlanreize korrigiert und die Missbräuche konsequent bekämpft werden. Dies wäre viel nachhaltiger, als unseren Wirtschaftsstandort mit Zusatzlasten zu schwächen.**

Von ausgeglichenen Jahresergebnissen ist die IV aber noch weit entfernt, einzig die SVP hat ein vernünftiges Rezept und mit verschiedenen Vorstössen die Forderung nach einer strukturellen Sanierung der IV mittels einer 6. IV-Revision aufgeworfen und Vorschläge gemacht, wie die IV saniert werden könnte.

Unter anderem beinhalten die Forderungen der SVP folgende Elemente; die Schaffung von drei eigenständigen Fonds (AHV, IV, EO), der IV-Fonds wird durch ein Darlehen des Bundes von 5 Milliarden geäufnet und real verzinst, während einer Übergangsfrist von 5 Jahren werden zum Schuldenabbau jährlich 600–800 Millionen aus dem Bundeshaushalt in den IV-Fonds transferiert. Dazu fordert die SVP eine verbesserte Koordination der IV mit der Arbeitslosenversicherung, der Unfallversicherung sowie der Krankenversicherung zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten.

Mit einem NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung am 27. September werden Bundesrat und die anderen Regierungsparteien nicht darum herumkommen, den Vorschlägen der SVP zu folgen und die nötigen Massnahmen einzuleiten!

Nationalrat Guy Parmelin, Bursins VD

Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft

Am kommenden 27. September wird das Schweizervolk mit der Frage konfrontiert: Soll man die Mehrwertsteuer vorübergehend anheben – um die Invalidenversicherung wieder ins Lot zu bringen – auf die Gefahr hin, die Wirtschaft im Allgemeinen und auch die Landwirtschaft zu benachteiligen, ohne das Sozialwerk nachhaltig zu sanieren?

Gerade zum aktuellen Zeitpunkt geht diese Vorlage in eine komplett falsche Richtung. In der wirtschaftlichen Krise gilt es, die Bürger und Unternehmen zu entlasten und keinesfalls zusätzlich zu schwächen. Es wäre daher vollkommen falsch, die Steuern um 1,2 Milliarden Franken pro Jahr zu erhöhen. Die SVP will die Konjunktur beleben, ohne den Staatshaushalt weiter aufzublähen. Stattdessen gilt es jetzt den Konsum und die Investitionen mit spürbaren Steuersenkungen anzukurbeln.

Der Versuch des Bundesrates – aus Angst vor einer Abstimmungsniederlage –, mit einer Verschiebung der Volksabstimmung über diese Steuererhöhung Zeit zu gewinnen, hat nicht funktioniert. Das Parlament verzichtete darauf, die IV-Finanzierungsdiskussion neu zu lancieren. So kommt nun die Vorlage unverändert vors Volk.

Selbst wenn für gewisse Leute die Versuchung gross ist, zur Beruhigung ihres Gewissens der IV mit einer Finanzspritze zu neuen Einnahmen zu verhelfen, muss der vorgeschlagene «Deal» entschieden zurückgewiesen werden. In den letzten 20 Jahren hat man mehrmals mehrere Milliarden Franken umsonst in die IV transferiert. Jedes Mal hat man alle möglichen Begründungen gefunden, um die dringend nötige strukturelle Sanierung der Sozialversicherung hinauszuzögern und schliesslich nie an die Hand zu nehmen. **Die aktuelle Steuererhöhung würde einmal mehr dazu führen, dass ein System, welches in der heutigen Form unweigerlich immer tiefer ins Debakel schlittert, künstlich am Leben erhalten wird.**

Zur Versüssung der bitteren Pille hat die Parlamentsmehrheit für eine abgestufte Erhöhung optiert, um die Produkte des Grundbedarfs, die dem Mindestsatz von 2,4 % unterliegen, weniger stark zu belasten. Doch vergessen wir nicht, dass der reduzierte Satz für die Hotellerie auf 3,8 % steigen soll und der Normalsatz den Spitzenwert von 8 % erreicht.

Bei den landwirtschaftlichen Produkten erscheint die Erhöhung des Satzes um 0,1 %, befristet auf sieben Jahre, bescheiden. **Trotzdem wird sich das auf die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Produktion auswirken, denn parallel dazu werden die Preise weiter sinken, wie es das Bundesamt für Landwirtschaft mit seiner Politik bei den Zollrechten anstrebt.** Von den Landwirten wird einerseits verlangt, dass sie ihre Strukturen maximal rationalisieren, um der internationalen Konkurrenz besser begegnen zu können. Gleichzeitig werden sie gezwungen, sich in einem einheimischen wirtschaftlichen Umfeld zu entwickeln, dessen Kosten und Schikanen aller Art unaufhörlich zunehmen. Dadurch werden alle – unter harten Bedingungen unternommenen – Anstrengungen gleich wieder zunichte gemacht. Das ist inakzeptabel.

Wenn wenigstens die immer wiederkehrenden Probleme der IV endlich gelöst wären, könnte man auf die Sache eintreten: **Doch in sieben Jahren wird Bundesrat Couchepin nicht mehr im Amt sein und keines der grundlegenden Probleme wird gelöst sein. Man muss dann wahrscheinlich erneut vors Volk treten und eine Verlängerung der Mehrwertsteuererhöhung beantragen.**

Ausserdem sind bereits heute weitere Abgabenerhöhungen (zusätzliche Lohnprozente für die ebenfalls sanierungsbedürftige Arbeitslosenversicherung ALV oder die EO, massiv höhere Krankenkassenprämien etc.) absehbar. Die Anstrengungen im Bereich der Sozialversicherungen müssen bei den Ausgaben ansetzen, und nicht bei der Beschaffung neuer Ein-

nahmen. Zudem ist die notwendige Entlastung der Bürger und der Unternehmen eine Grundvoraussetzung für die Bewältigung der Krise. Es muss wieder mehr Geld zum Leben, Konsumieren und Investieren bleiben.

Steuererhöhungen hingegen sind in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Gift für unsere Wirtschaft – auch für die Landwirtschaft. Aus diesem Blickwinkel gibt es keine andere Option als ein klares NEIN zu dieser Steuererhöhungsvorlage zu Gunsten der maroden IV.

Werbung

SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy.

Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:
Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS
mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.

NEU:
airflow
Das Bett, das atmet.

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

Einladung zur 17. Churfirstentagung der SVP Kanton St. Gallen

Referent **Bundesrat Ueli Maurer**

«Wir brauchen die beste Armee der Welt!»

Unterhaltung mit dem **Jodelclub «Säntisgruess»** und dem **Ländlertrio «Gantegruess»**

Datum: **Freitag, 1. Mai 2009**
Zeit: **20.15 Uhr**
Ort: **Hotel Kapplerhof, Kapplerstrasse 111**
9642 Ebnat-Kappel

Programm (Türöffnung 19.30 Uhr)

20.15	Begrüssung durch den Präsidenten der SVP Kanton St. Gallen, Toni Thoma
20.30	Vorträge durch den Jodelclub «Säntisgruess» Unterwasser
20.45	Referat Bundesrat Ueli Maurer «Wir brauchen die beste Armee der Welt!»
anschl.	Fragen und Unterhaltung / Musik und Jodelgesang
21.30	Wettbewerb mit schönen Preisen (22.30 Ende der Veranstaltung)

Die Veranstaltung ist öffentlich, alle sind herzlich willkommen!
Freundlich lädt ein: SVP des Kantons St. Gallen

www.art-baumann.ch

Interview mit Bundesrat Ueli Maurer

«Die Mängel sind gravierend»

Herr Bundesrat, neue Aufgabe, neue Lebensumstände – was hat sich seit Ihrer Wahl verändert?

Die persönliche Freiheit hat abgenommen. Vieles ist reglementiert und verplant. Wenn ich unterwegs bin, nimmt mich manchmal der Polizeischutz schon ab Kantonsgrenze in Empfang. Natürlich wollen die einfach eine gute Arbeit leisten, aber damit werden die Schranken zwischen Bürgern und Regierungsmitglied höher.

Es besteht die Gefahr, dass man sich in einer Welt bewegt, in der alles perfekt organisiert ist, in einer Welt des ausgerollten roten Teppichs. Das ist heikel. Oft ist es schwierig, mich aus solchen formellen Umklammerungen zu lösen. Aber ich tue es immer wieder ganz bewusst.

Und ich verstehe jetzt noch besser, weshalb so viele Exekutivpolitiker den Draht zum Volk verlieren. Vereinfacht gesagt: Wer immer mit Chauffeur und Limousine unterwegs ist, kann nicht nachvollziehen, dass sich Leute über schmutzige Züge ärgern oder sich in der Nacht am Bahnhof unsicher fühlen. Das wirkliche Leben wird mit viel Komfort umgangen. Deshalb bin ich immer wieder ganz bewusst alleine unterwegs, auch mit Zug, Tram oder Bus. Und an Veranstaltungen gehe ich auf die Leute zu, wie ich das immer gemacht habe. Ich möchte wissen, wo der Schuh drückt.

Immerhin fahren Sie jetzt ein neues Auto …

Nein, an offiziellen Anlässen bin ich auch mit einem offiziellen Auto unterwegs. Auf das neue private Auto habe ich aber verzichtet, obschon mir ein solches zugestanden hätte. Zugunsten des Bundeshaushaltes und der Steuerzahler.

Sieger von Sportwettkämpfen fragt man immer wieder, wie sie sich fühlen, wenn sie am Ziel angekommen sind. Wie fühlen Sie sich?

Auf jeden Fall nicht als Sieger. Die Siegerpose liegt mir grundsätzlich nicht. Ich habe mit dem Amt viele Aufgaben gefasst. Die nehme ich ernst, ich habe Respekt vor diesen Aufgaben. Ich geniesse nicht die Würde des Amtes, ich konzentriere mich auf die Bürde.

Und darum bin ich auch gar noch nicht am Ziel angekommen. Mein Ziel war nie das Amt, ein Amt muss ein Mittel zum Zweck sein. Ein Arbeitsinstrument, ein Werkzeug sozusagen. Mein Ziel ist, etwas für die Armee und die Sicherheit des Landes zu tun. Dafür wurde ich gewählt …

… auf Probe, wie die Medien sofort schrieben – haben Sie sich daran gestört?

Nein, in einer Demokratie erfolgt doch eine Wahl immer auf Probe, sonst würden ja Amtszeiten und Wiederwahlen keinen Sinn machen.

Der Gewählte muss sich vier Jahre lang beweisen, und dann entscheidet der Wahlkörper. Je nach Amt ist das dann das Volk oder das Parlament. Ich bin sogar der Meinung, dass es Ausdruck unserer Wohlstandsträgheit ist, dass man selten den Mut hat, ungenügende Amtsinhaber wieder abzuwählen. Ich nehme deshalb den Medien ihre Bezeichnung «Bundesrat auf Probe» nicht übel. Etwas erstaunt bin ich nur, dass das offenbar nur bei mir gelten soll.

Zu Ihrem Departement. Als Nationalrat haben Sie immer wieder die Armee scharf kritisiert …

Ich habe nicht die Armee kritisiert, sondern deren Führung und deren zunehmend internationale Ausrichtung. Das ist ein Unterschied: Ich habe so viel Diensttage geleistet und mich so mit der Armee identifiziert, dass ich schlicht in Sorge um ihren Zustand war …

Und diese Sorge hat sich jetzt als unbegründet erwiesen?

Nein, im Gegenteil. Die Mängel sind gravierend. Gravierender, als ich gedacht hatte. Aber wir haben nach wie vor leistungsbereite Soldaten und Offiziere. Die Miliz lebt. Das ist das Fundament, auf dem wir wieder aufbauen können.

Wo sehen Sie die schwerwiegendsten Mängel unserer Armee?

In den Bereichen Finanzen, Logistik und Führungsunterstützung sowie Ausbildung.

Die Mängel in der Logistik sind immer wieder öffentlich kritisiert worden. Ebenso die theorielastige Ausbildung der angehenden Offiziere. Wie ist die finanzielle Situation?

Die Finanzen sind knapp. Wir haben rund eine Milliarde Franken weniger als bei der Planung der Armee XXI vorgesehen. Das verlangt eine sorgfältige Prioritätensetzung. Und zudem warne ich davor, dass man bei der Sicherheit spart, weil man glaubt, dass man hier die Auswirkungen nicht umgehend spüre. Das mag für den Augenblick zutreffen, umso verheerender sind dann aber die Folgen, wenn ein Ernstfall eintreten sollte, was früher oder später der Fall ist. Das Gefahrenspektrum reicht da von der Naturkatastrophe bis zum bewaffneten Angriff – Sparen bei der Sicherheit ist eine Wette gegen die Lehren aus der Geschichte und gegen die allgemeine Lebenserfahrung.

Armee 95, Armee XXI, Entwicklungsschritt 08/11 – die Armee ist im permanenten Umbruch. Braucht sie jetzt zusätzliche Reformen oder eher einen Reformstopp?

Viele der eingeleiteten Reformen erfolgten überstürzt, nicht durchdacht. Derzeit laufen in meinem Departement über 1000 Projekte, die sich mit Verbesserungsarbeiten in Teilbereichen befassen. Das illustriert den besorgniserregenden Zustand unserer Armee. Und es zeigt, dass der so genannte Entwicklungsschritt 08/11 in Wahrheit eigentlich eine riesige Armeereform ist. Dabei wurden etwa 12 000 Immobilien aufgegeben und zwischen 12 und 20 Milliarden einst investierte Steuerfranken vernichtet.

Daraus ist zweierlei zu folgern: Erstens gibt es eine kaum zu überblickende Zahl an Mängeln. Wenn es 1000 Projekte braucht, um Mängel zu beheben, kann niemand mehr behaupten, die Armee sei in einem guten Zustand.

Zweitens ist diese Vielzahl an Projekten auch symptomatisch für die fehlende Gesamtführung. Wer kann schon 1000 Projekte überblicken, überwachen, koordinieren und in einem Gesamtrahmen zusammenführen?

Die Armee krankt an einem Übermass an Reformen, die teilweise nicht aufeinander abgestimmt sind. Die Reformhektik ist deshalb durch eine zielstrebige Ruhe abzulösen.

Ganz grundsätzlich: Wo sehen Sie die grössten Bedrohungen für die Schweiz?

Die grösste Bedrohung ist immer die, die man nicht sieht und an die man nicht denkt. Sonst würde man sich ja darauf vorbereiten. Deshalb ist es wichtig, dass man erstens eine Armee hat, die einsatzbereit ist. Wir wissen ja nicht, was wann und wo auf uns zukommt. Und zweitens muss diese Armee auch auf den gefährlichsten Fall vorbereitet sein. Sonst ist die Gefahr gross, dass man einfach das bequemste Szenario zum wahrscheinlichsten Bedrohungsfall erklärt und sich dann auf dieses vorbereitet.

Trotzdem: Wer bedroht unser Land? Wer ist unser Feind?

Wie der Feind genau heisst, ist eigentlich nicht entscheidend. Wer seine Wohnungstür abschliesst, überlegt sich auch nicht, welche Namen mögliche Einbrecher haben. Er überlegt sich, wie er sein Eigentum und sein Heim schützen kann.

Gegen wen oder was wir allenfalls unsere Armee einsetzen müssen, wissen wir konkret erst im Ernstfall. Wichtig ist, dass wir wissen, wofür wir unsere Armee einsetzen. Und das wissen wir auch im Frieden: Die Armee ist das letzte Mittel zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

Dann müssen wir also die Frage anders stellen: Es interessiert nicht so sehr, wer der Einbrecher ist, aber durch welches Fenster oder durch welche Türe er einsteigt?

Genau. Wir müssen uns die Frage stellen: Was kann man von uns wollen? Was kann in der Schweiz ein Ziel sein? Die Geschichte zeigt uns, dass neben dem Territorium schon immer die Transportwege, die Ressourcen und die Wirtschaftskapazität oder die gesellschaftliche Ordnung ein Ziel waren. So stellt sich denn die Frage, wie wir nebst dem Staatsgebiet die Verbindungsachsen, die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung sichern können.

Um möglichst viel Ideen und Impulse sammeln zu können, habe ich ganz unterschiedliche Organisationen und Experten zu Anhörungen eingeladen. Diese werden ins Internet gestellt und sind für jedermann einsehbar. Jeder ist eingeladen, hier mitzudiskutieren, denn die Sicherheit der Schweiz geht uns alle an. Und all die zusammengetragenen Ideen werden gewürdigt und geprüft. Daraus resultiert dann ein neuer Sicherheitspolitischer Bericht, der uns einen roten Faden für die Ausrichtung der Armee gibt.

Werbung

Leiden Sie an Klima-Erwärmung?
falls nicht, unterstützen Sie die **Initiative gegen** den
www.**klima-schwindel**.com
IKLIS, PF 56, 4011 Basel

Nationalrat Thomas Hurter, Schaffhausen

Der Kampf gegen die Schweiz – ein Hexenprozess

Seit 1934 garantiert das im Bankengesetz festgehaltene Bankkundengeheimnis, dass wir in der Schweiz keine gläsernen Bürger haben und die Privatsphäre der Bankkunden gewahrt bleibt. Mit unserer Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind wir gut gefahren. Sowohl Steuerbetrug als auch Steuerhinterziehung werden bei uns bestraft. Wer also behauptet, die Schweiz sei eine Steueroase, der kennt weder die gesetzliche Grundlage noch die Unterscheidung dieser beiden Begriffe.

Während Steuerhinterziehungen Geldstrafen nach sich ziehen, sind bei Steuerbetrug auch Freiheitsstrafen möglich. Wieso soll nun plötzlich derjenige, der – vielleicht sogar aus Unachtsamkeit – eine unvollständige Deklaration macht, gleich bestraft werden wie derjenige, der gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden verwendet hat? Dies leuchtet keinem vernünftig denkenden Menschen ein. **Mit diesem Vorgehen würden ehrliche Bürger unter einen Generalverdacht gesetzt.**

Das Bankkundengeheimnis wurde in den dreissiger Jahren eingeführt, weil man sich gegen die Verfolgung und Enteignung durch diktatorische Staaten schützen wollte. Leider sind wir heute wieder bei diesem Punkt angelangt. Staaten, die ihren eigenen Staatshaushalt nicht in Ordnung haben, suchen nach zusätzlichen Steuereinnahmen, um ihre Defizite und ihre immensen Konjunkturprogramme, die notabene mehrheitlich wenig nachhaltig sind, zu finanzieren. Die Bevölkerung in diesen Staaten ist schon genug gebeutelt und kann nicht mehr zur Kasse gebeten werden. Deshalb hat zum Beispiel Deutschland mit einer Schwarzarbeitsquote von 15 % zu kämpfen, die stetig wächst. Die hohe Abgabenlast, der ständig wachsende Steuerdruck sowie die zunehmende Regulierung des Arbeitsmarktes verlocken immer mehr Deutsche, ihr Einkommen am Fiskus vorbeizuschmuggeln.

Seit langem gewährt die Schweiz im Rahmen ihrer Gesetzgebung internationale Rechtshilfe in Strafsachen, um andere Staaten beim Kampf gegen Verbrechen und Vergehen zu unterstützen. **Für die Schweiz gilt aber, die eigene, demokratisch legitimierte Gesetzgebung zu respektieren: Sie kann und will deshalb einem anderen Staat bei der Ahndung eines Delikts, das in der Schweiz nicht strafbar ist, auch keine Rechtshilfe leisten.** Die beidseitige Strafbarkeit soll sicherstellen, dass sich jemand in der Schweiz nur dann einer Zwangsmassnahme unterwerfen muss, wenn – hätte sich der Sachverhalt in der Schweiz ereignet – hier ebenfalls ein Strafverfahren hätte eröffnet und damit eine Zwangsmassnahme angeordnet werden können. Gibt die Schweiz im Rechtshilfeverfahren Auskünfte, so darf der ersuchende Staat die Auskünfte und Schriftstücke zur Verfolgung politischer, militärischer oder – mit Ausnahme des Abgabebetruges – fiskalischer Delikte nicht verwenden. Auch hier geht es um den Schutz des Bürgers vor Willkür und unsicheren Staaten.

Dass nun befreundete Staaten wie Amerika ein Zivilverfahren eröffnen, ist weit mehr als nur ein «normaler Datenaustausch», der unter Artikel 26 der OECD möglich wäre. Bei diesen 52 000 Kundendaten geht es um sogenannte «fishing expeditions» ohne konkrete Angaben der Namen der Betroffenen, des Sachverhalts und der betroffenen Bank. **Wir tun also gut daran, unsere rechtsstaatlichen Grundsätze hochzuhalten und dieser Schnüfflerei ein Ende zu gebieten.** Denn auch hier geht es eigentlich nur darum, dort etwas zu holen, wo es noch etwas zu holen gibt. Ob all dieser momentanen Aufregung wird nämlich vergessen, dass der wahre Grund für die Jagd auf das Bankkundengeheimnis darin liegt, dass die Amerikaner durch konstruierte Hypotheken mit massiver Überbewertung und mit ihrem Leben auf Pump die Weltwirtschaft zum Erliegen gebracht haben.

Das Bankkundengeheimnis wird nun zum Sündenbock gestempelt, obschon die eigentlichen Fehler im eigenen Land zu suchen wären. Wenn ein deutscher SPD-Abgeordneter öffentlich äussert, «man müsse sich, wenn man Länder wie die Schweiz und Luxemburg zur Raison bringen wolle, an die spanische Inquisition erinnern», dann wird jedem klar, dass es hier um nichts anderes als um einen Hexenprozess gegen die Schweiz geht. Die SVP setzt sich vorbehaltlos für die Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses ein und wird sämtliche Begehrlichkeiten anderer Staaten bekämpfen. Sicherheit, Stabilität, Kompetenz, Diskretion waren und sind verantwortlich für unseren weltweiten Erfolg. Dem gläsernen Bürger muss der Kampf angesagt werden. **Eigenverantwortung und Vertrauen sind die Basis unserer Demokratie.** Der Staat ist nicht dazu da, die persönliche Eigenverantwortung zu ersetzen. Wir brauchen wieder Vertrauen, und zwar Vertrauen in den Bürger. Eigenverantwortliches Verhalten muss wieder zuoberst auf der Traktandenliste stehen. Damit leistet jedermann seinen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Krise!

Werbung

Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil ZH

Bankkundengeheimnis verteidigen!

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Arroganz nicht nur der deutsche Finanzminister, sondern auch der amerikanische Präsident Obama die Schweiz angreift, weil unser Land die Privatsphäre der Bankkunden schon seit 1935 schützt, gleichzeitig aber mit der welthöchsten Verrechnungssteuer von 35 % die Steuerhinterziehung unterbindet.

Diese Kombination von Bankkundengeheimnis mit einer Quellenbesteuerung ist effizient und sachgerecht. Steuern hinterziehen kann man in der Schweiz nur deshalb, weil uns die EU oder die USA die notwendigen Instrumente dazu zur Verfügung stellen, auf deren Erträgen keine Quellenbesteuerung erfolgt. Es wäre sowohl für die EU als auch für die USA ein Leichtes, die Steuerhinterziehung zu unterbinden, wenn sie die Zins- und Dividendenerträge weltweit einer Quellenbesteuerung unterstellen würden. Wenn der US-Präsident behauptet, die Finanzkrise sei auf die «Steueroasen» zurückzuführen, dann verkennt er die Realität. Es waren vor allem die US-Konsumenten und Eigenheimbesitzer, die mit einer unverantwortlichen Schuldenmacherei diese Weltwirtschaftskrise verursacht haben. Die US-Aufsichtsbehörden und die Gesetzgeber haben auf der ganzen Linie versagt. Die Überarbeitung der US-Gesetze und die Personalwechsel an der Spitze dieser Aufsichtsgremien sind ein klarer Beweis dafür. Es waren auch US-Rating-Agenturen, die mit ihren Gefälligkeitsgutachten teils unkundige Anleger in solche Schrottpapiere von amerikanischen Schuldnern gelockt haben. Statt für diesen Schaden geradezustehen, attackiert die US-Regierung nun die Schweiz wegen fehlender Kooperation in Steuerfragen. Es genügt den USA offensichtlich nicht, dass Schweizer Steuerzahler und Anleger für dieses Versagen der US-Regierung Milliardenbeträge bezahlen. Warum klagt unsere Regierung nicht gegen die USA, statt unseren Privatsphärenschutz preiszugeben?

Noch immer gibt es in dieser Welt Millionen politisch, religiös und rassistisch Verfolgte. Die Mehrheit der

UNO-Mitgliedsländer ist undemokratisch regiert, es existieren zahlreiche Diktaturen und Schurkenstaaten, die mit Abwertungen und Hyperinflationen die Vermögen ihrer Bürger vernichten. Warum sollen Bürger aus solchen Ländern nicht Anrecht haben, ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen und vor Verfolgung geschützt zu werden? **Das Bankkundengeheimnis hat nie Terroristen, Kriminelle, auch nicht Potentaten und Steuerbetrüger geschützt. Das Bankgeheimnis gehört weder dem Bundesrat noch den Banken, sondern jedem Bürger und jeder Bürgerin unseres Landes und jedem Kunden unserer Banken.**

Das Bankgeheimnis ist deshalb mit allen Mitteln zu verteidigen. Dazu gehören auch allfällige Retorsionsmassnahmen: Die Erhebung einer Zahlstellensteuer zugunsten der EU ist einzustellen, weil einzelne EU-Länder diese mit tieferen Steuersätzen unterlaufen und weil die EU die Verträge nicht einhält. Die EU hat mit den USA kein gleichwertiges Abkommen abgeschlossen, wie es das bilaterale Abkommen als Vorbedingung für die Erhebung der Zahlstellensteuer vorschreibt. Kohäsionszahlungen an Staaten, die die Schweiz im Rahmen der G-20 attackierten, und eine Aufstockung der IMF-Mittel müssen unterbunden werden. Das Gleiche gilt für Entwicklungsbanken, an die die Schweiz Beiträge leistet oder die bisher in der Schweiz oder in Franken Anleihen aufnehmen durften. Als «Beitrag» zum Kampf gegen die Steuerhinterziehung könnte die Schweiz auch die Emission von Anleihen ausländischer (EU-) Schuldner in der Schweiz oder die Platzierung von quellensteuerbefreiten Treuhandanlagen über Schweizer Banken in der EU (ca. CHF 300 Mrd.) oder in USD (ca. CHF 100 Mrd.) verbieten, ungeachtet der Liquiditätsprobleme, die damit bei EU-Banken ausgelöst würden. Damit würde auch vordemonstriert, wo denn eigentlich diese vermeintlichen Schwarzgelder angelegt werden. Die SEC (US-Börsenaufsicht) ist nicht mehr als eine der FINMA gleichwertige Aufsicht anzuerkennen, denn sie hat kläglich versagt und selbst den USD-60-Mrd.-Betrüger Madoff nicht aufgedeckt. Dies bedeutet ein Verbot zum öffentlichen Vertrieb von US-Anlagefonds in der Schweiz. Die Kooperation mit der EZB zur Stützung von Osteuropabanken, die zu viele CHF-Kredite vergeben haben, ist auf ein Minimum zu reduzieren. **Es gibt noch eine Reihe weiterer Massnahmen, vom Verzicht auf den Kauf von deutschen oder französischen Kampfflugzeugen bis zur Erhöhung der Besteuerung von Grenzgängern etc. Es wäre an der Zeit, dass der Bundesrat endlich eine Liste konkreter Abwehrmassnahmen erstellt, statt den Schutz unserer Privatsphäre, wie er in der Verfassung verankert ist, Stück um Stück preiszugeben.**

Oskar Freysinger

KRISENMERZ

Ein Frühling kommt nicht mit dem Merz,
das Bankgeheimnis wird zum Scherz,
weil wir, zum Schutz vor ernster Lage,
nur eines kennen: Selbstanklage.
Drum schwimmen uns die Felle weg.
Was soll's, vom Stecken fällt der Dreck,
wir waren seiner überdrüssig,
nun sind wir rein und nicht mehr flüssig.
Den Frühling haben wir verscherzt,
das Bankgeheimnis ist vermerzt.
Man setzt nicht mehr aufs Kapital,
sondern nur noch auf die Moral,
zum Schein nur, aber Schein ist gut,
wenn er als Geldschein scheinen tut.
Von Jersey über Delaware
fällt man über die Schweizer her,
die Steuern soll'n «offshore» versanden
und nicht mehr in Oasen landen,
fortan hat Geld einen Geruch,
drum nagen wir am Hungertuch
und mit dem Geld, in Bälde schon,
ist der Geruch auf und davon,
weil wir den Braten nicht gerochen
und zahlwütig zur Kasse krochen.
Den Ruchlosen sei ewig Dank,
zur Kirche wird bald jede Bank,
aus ist es mit dem Geldgestank,
die Welt wird sauber, rein und blank!
Zum Glück hat Merz so schnell pariert,
sonst wären wir nicht so ruiniert
und stets noch kapitalbefangen
und mitgefangen und gehangen.
Doch durch die Lappen ist, mit Bangen,
das liebe Geld uns jetzt gegangen.
Wir stehn erleichtert, ohne Rappen,
was soll's, es bleiben uns die Lappen,
die nur wie Deppen weiter tappen,
der Schaden geht auf andre Kappen.
Wir schwätzen weiter blöde rum,
der Ami lacht sich dabei krumm,
und jeder Saldo wird mortaler
für unsern braven Steuerzahler.

Ihr exklusives Grand-Vitara-Anniversary-Edition-Paket zur Feier «100 Jahre Suzuki»
Elektrisches Panorama-Glashebeschiebedach, exklusives Clarion-Multimedia-Center mit Navigation, Harddisk und SD-Speicherkarte, Luxusinterieur mit Alcantara-Sitzbezügen, Alufelgen im Spezialdesign, elegantes 100th-Anniversary-Edition-Designpaket im Mehrwert von Fr. 5900.– für nur Fr. 1500.–. **Ihr Jubiläumsvorteil: Fr. 4400.–**

Limitierte Serie. Nur solange Vorrat.

New Grand Vitara
100th Anniversary Edition

Mehrwert	Fr. 5900.–
Aufpreis	Fr. 1500.–
Ihr Vorteil	**Fr. 4400.–**

100th anniversary

Wir jubilieren, Sie profitieren.

New Grand Vitara 100th Anniversary Edition

Der kompakte 4x4-Luxus neu mit Fr. 4400.– Jubiläumsvorteil. Auch als Turbodiesel.

Zur Feier «100 Jahre Suzuki» präsentieren wir Ihnen die neue Suzuki-Generation vom Swift bis zum Grand Vitara als limitierte Sondermodelle mit exklusiven Mehrwertpaketen mit bis zu Fr. 4400.– Jubiläumsvorteil. Besuchen Sie jetzt Ihren Suzuki-Vertreter und fragen Sie nach den **Jubiläumsmodellen sowie den attraktiven Suzuki-Hit-Leasing-Angeboten. www.suzuki.ch**

Die kompakte Nr. 1

SUZUKI

Way of Life!

Suzuki-Hit-Leasing

Suzuki fahren, Treibstoff sparen. Abgebildetes Modell: New Grand Vitara 2.4 GL Top 4x4 100th Anniversary Edition, 5-türig, Fr. 35990.– + Fr. 1500.–, Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 9,0l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO_2-Emission gesamt: 208g/km, Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 204g/km. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlungen.**

Nationalrätin Andrea Geissbühler, Polizistin, Herrenschwanden BE

Sicherheit und Gerechtigkeit

Die SVP hat schon vor Jahren begonnen, das Thema Sicherheit zu thematisieren. Sie erntete Spott und Hohn von den Medien und von so genannten Experten. Es gebe kein Sicherheitsproblem, hiess es, die SVP betreibe Populismus. Nun hat der Wind gedreht. Und die Windfahnen auch. Plötzlich haben sogar die CVP und die SP erkannt, wo die Schweizerinnen und Schweizer der Schuh drückt: bei der Sicherheit eben – oder besser gesagt: bei der fehlenden Sicherheit. Das plötzliche Engagement der anderen Parteien für die Sicherheit ist aber unglaubwürdig und nun wirklich populistisch.

Die vergangenen rund 15 Jahre zeigen, was passiert, wenn linke Ideen mehrheitsfähig werden: Zunahme von Kriminalität und Gewalt, Sicherheitsprobleme, Verharmlosung von Drogen, kaum kontrollierte Immigration und eine Umdeutung von Werten und Normen.

- Erstens nehmen Kriminalität, besonders die Jugendkriminalität, und Gewalttaten in der Schweiz zu. Dies ist einerseits eine subjektive Feststellung der Bevölkerung, anderseits belegen die Zahlen die zunehmende Kriminalität ganz klar.

  Jeden Tag werden mehr als 20 Personen angegriffen. Auch vergeht kaum ein Tag, ohne dass es zu einem Mordversuch kommt. Wir brauchen dringend Sofortmassnahmen, wie zum Beispiel die Anpassung des Jugendstrafrechtes.

- Zweitens ist festzustellen, dass der Anteil der Ausländer, die kriminell sind, deutlich höher ist als der Ausländeranteil in der Schweiz. Ausländerkriminalität ist ein echtes Problem, sind doch ca. 70,5 % der Inhaftierten ausländischer Herkunft. Deshalb ist es wichtig, dass unsere Ausschaffungsinitiative bald zur Abstimmung kommt.

- Drittens gehören zum Schutz vor Kriminalität und Vandalismus auch Massnahmen in der Drogenpolitik. Wenn der Staat mit der Betäubungsmittelgesetzrevision die Abgabe von Suchtmitteln noch ausdehnt und dabei ausblendet, dass die Kriminalität und der Mehrfachkonsum nicht verschwinden, trägt er nicht zur Sicherheit bei.

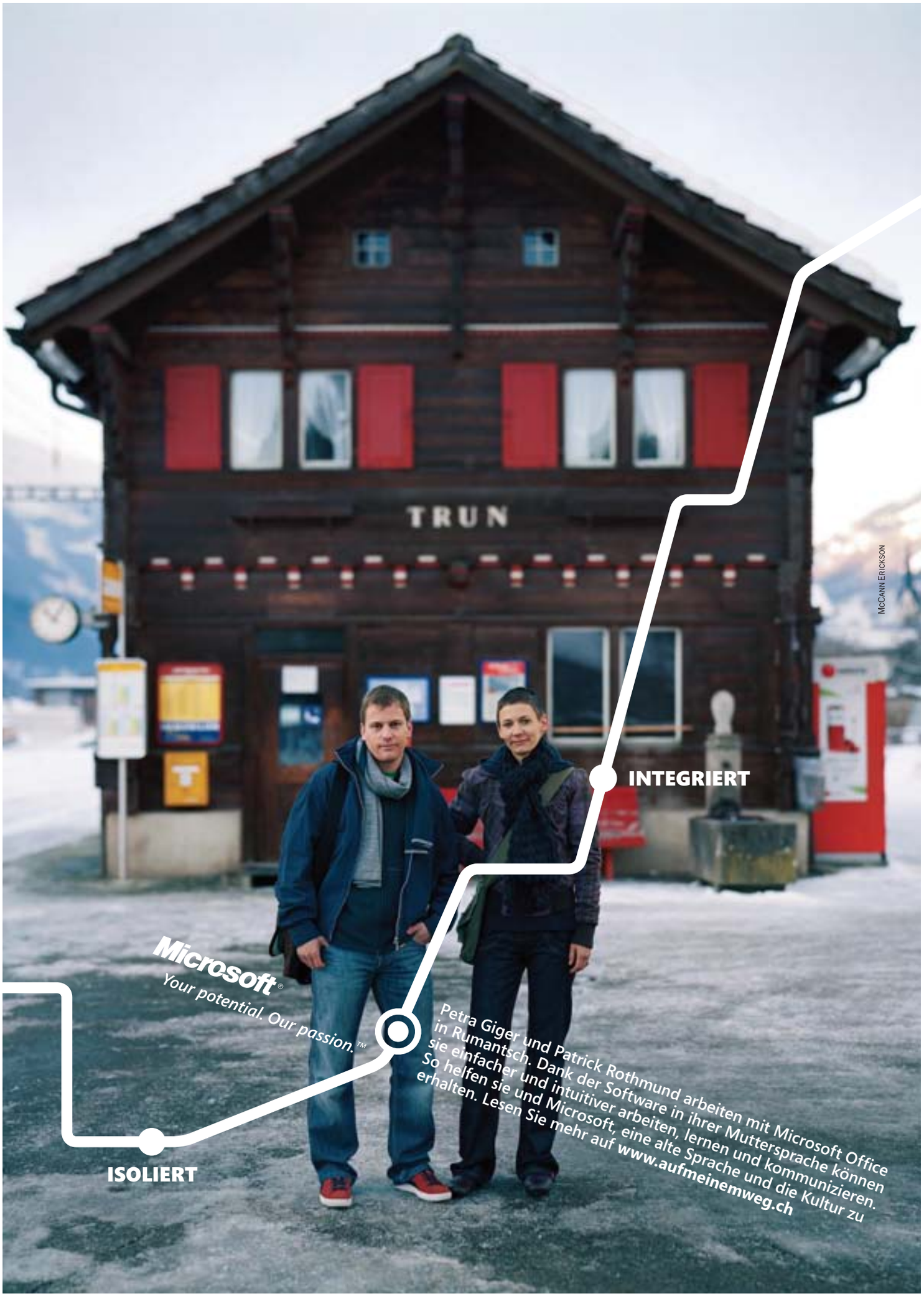
Vor vielen Jahren haben zwei amerikanische Professoren die Theorie der zerbrochenen Fenster aufgestellt. Diese Theorie besagt – kurz zusammengefasst – Folgendes: In einem Quartier einer Stadt werfen junge Chaoten eine Fensterscheibe ein. Es passiert nichts. Niemand macht eine Anzeige, niemand repariert die Fensterscheibe. Andere junge Chaoten im Quartier sehen, dass das Einschlagen einer Fensterscheibe keine Konsequenzen hat. Sie werfen weitere Fensterscheiben ein, beginnen, die Wände vollzusprayen. Noch immer passiert nichts, die Polizei ist nicht präsent, die Nachbarschaft reagiert nicht. **Es kommt zu einer Spirale des Verbrechens. Das ganze Quartier versinkt in Anarchie.**

Die beiden amerikanischen Professoren behaupteten, das solche Situationen leicht verhindert werden können. Indem nämlich die zerbrochene Fensterscheibe sofort repariert wird und die Polizei massiv Präsenz markiert. Kleine Vergehen müssen hart bestraft werden. So – und nur so – kann eine Abwärtsspirale verhindert werden. Diese Theorie ist übrigens nicht nur eine Theorie geblieben. Der New Yorker Bürgermeister Giuliani hat auf der Basis dieser Theorie gehandelt, kleine Verbrechen hart bestraft und so die Kriminalität in New York massiv gesenkt.

Seit ich als Polizistin arbeite, ist mir so richtig klar, wie wichtig es ist, dass die SVP sich immer wieder für ein hartes Durchgreifen bei Kriminalität einsetzt. Es gab Zeiten, da hiess es, die Kriminalität würde mit genügend sozialem Ausgleich von alleine verschwinden, Repression sei kein Mittel, das wirkt. Die Erfahrungen der letzten Jahre im In- und Ausland haben uns eines Besseren belehrt und mitgeholfen, den Forderungen der SVP Gehör zu verschaffen. Ziel muss es sein, dass sich von der Verhaftung bis zum Urteil der Grundsatz durchsetzt, dass eine Tat auch eine angemessene Strafe verdient und dass die Haft auch zum Schutz der Gesellschaft dient.

Die Abschaffung der Freiheitsstrafe unter sechs Monaten und die Einführung der Geldstrafe, die nach Tagsätzen bemessen wird, hat zur Folge, dass zahlreiche Kriminelle für ihre Delikte keine wirkliche Strafe erhalten. Die Geldstrafe wird nicht nur für kleine, unbedeutende Delikte ausgesprochen. Auch Diebstahl, Sachbeschädigung, Tätlichkeit, Körperverletzung, Raub oder sexuelle Nötigung sind Delikte, die mit Geldstrafen sanktioniert werden können. Auf das Leben der Opfer haben solche Delikte erhebliche Auswirkungen. Die Lebensqualität der Betroffenen wird massiv beeinträchtigt. Solche Untaten dürfen nicht als Bagatelle behandelt werden. Die Gesellschaft erwartet, dass solches Unrecht aufgearbeitet, bewältigt und gesühnt wird. Die Strafe ist psychologisch ein ganz wichtiger Teil dieser Bewältigung und damit der Wiederherstellung der Gerechtigkeit. Denn nebst dem Bedürfnis nach Sicherheit haben wir auch ein Bedürfnis nach Gerechtigkeit.

Der Gerechtigkeitssinn liegt unserem Rechtsstaat zugrunde. Gehen mittellose Täter straffrei aus, geht letztlich das Vertrauen in den Rechtssaat verloren. Deshalb ist es wichtig, dass die Freiheitsstrafen unter sechs Monaten wieder eingeführt werden.


TRUN
INTEGRIERT
ISOLIERT
Microsoft®
Your potential. Our passion.™
Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf **www.aufmeinemweg.ch**
McCann Erickson